

Hamburger Skripte 6

# Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill

Skizzen  
zur Schillschen Variante  
des bundesdeutschen  
Rechtspopulismus



Rosa Luxemburg  
Bildungswerk.

## Vorwort

Mit der Bürgerschaftswahl in Hamburg im September 2001 betrat Ronald Barnabas Schill mit seiner *Partei Rechtsstaatliche Offensive* schlagartig die politische Bühne und bestimmte nicht unbeträchtlich den Hamburger Senat. Vielen Beobachtern gilt dennoch als sicher, daß mit der bevorstehenden vorgezogenen Bürgerschaftswahl am 29. Februar sein endgültiges politisches Ende bevorsteht.

Warum also noch mit Schill beschäftigen? Ziel der hier versammelten Aufsätze ist es nicht, über den Ausgang der Wahl und den daraus folgenden politischen Entwicklungen zu spekulieren. Dennoch ist es nicht ausgemacht, daß Schill wirklich an der Fünfprozenthürde scheitert. Und falls dies dennoch geschieht, hat sich das für rechtspopulistische Politik anfällige Potential nicht aufgelöst. Hier soll der Versuch unternommen werden das Phänomen Schill und seiner Partei im Kontext des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland genauer zu betrachten.

*Meinhard Meuche-Mäker* (Seite 3) fragt nach den Ursachen des Schillschen Aufstiegs, nach den Möglichkeiten einer politischen Einordnung und untersucht skizzenhaft den Verlauf seines Agierens in den beiden vergangenen Jahren. *Andreas Speit* (Seite 13) untersucht Ideologie und Politik der Pro-DM-Partei Bolko Hoffmanns. In diesem ehemaligen Gegner der Schill-Partei hat Schill seinen neuesten politischen Partner im Kampf um die Schill-Partei gefunden. Darüber hinaus analysiert *Heino Windt* (Seite 19) einige ausgewählte Bereiche der Hamburger Innenpolitik, für deren Gestaltung Schill als Innensenator maßgeblich verantwortlich war und anhand derer Erfolg bzw. Mißerfolg der Schill-Partei zu messen wäre.

Anknüpfen können diese Aufsätze an die *Hamburger Skripte 2*<sup>1</sup>, die im Februar 2002 erschienen sind und in denen Ursachen des Erfolges und Entwicklungsstand der Frühphase der Schill-Partei analysiert wurden.

Diese Publikation entstand mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

*Winfried Schebesch*  
*Vorsitzender des Rosa-Luxemburg-Bildungswerks e.V.*

---

<sup>1</sup> [www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de/docs/HS2-Schill.pdf](http://www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de/docs/HS2-Schill.pdf)

## Meinhard Meuche-Mäker

# Aufstieg und Fall der Schill-Partei

*Der Tagesspiegel:*

*Eigentlich müßten Sie Schill ja dankbar sein. Erst verhilft er Ihnen trotz Ihrer mageren 26 Prozent zum Bürgermeisteramt, jetzt können Sie sich als Drachentöter profilieren.*

*Ole von Beust;*

*Das ist eine wundersame Dialektik, in der Tat. Aber dies alles war nicht so geplant.<sup>2</sup>*

„Verlieren wird bei den kommenden Wahlen in Hamburg der Rechtspopulismus. Er hat sich auch in Hamburg als politikunfähig erwiesen. Er taugt gelegentlich zur Mobilisierung von Protest, versagt aber bei der Organisation von Politik.“<sup>3</sup> Fast alle Beobachter sind sich einig: Die politische Karriere von Schill ist spätestens nach der Bürgerschaftswahl am 29. Februar beendet. Die *Partei Rechtsstaatliche Offensive* wird in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. In der Tat, dafür spricht einiges. Dennoch wird sich das Phänomen des zumindest kurzfristig erfolgreichen Rechtspopulismus damit auch in der Bundesrepublik nicht erledigt haben. Denkbar ist sogar, daß „Schill wohl noch hinreichend Destruktionskraft (besitzt), um das Rechtsaußen-Protestpotential in den Problemquartieren der Stadt am Überlaufen zur CDU zu hindern.“<sup>4</sup> Mit etwas Glück und sinkender Wahlbeteiligung sind auch 5,0 % nicht auszuschließen.

Über das Ausmaß des verbleibenden Einflusses zu spekulieren ist müßig. An dieser Stelle werden einige Überlegungen zu Aufstieg und Entwicklungsbedingungen der Schill-Partei vorgestellt, die seine Einschätzung verbessern helfen.

## „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Populismus“<sup>5</sup>

Rechte Parteien feiern seit einigen Jahren in Europa Erfolge. Karl Hagen in Norwegen, Le Pen in Frankreich, Blocher in der Schweiz, Pia Kjærsgaard in Dänemark, Gianfranco Fini in Italien oder Pim Fortuyn in den Niederlanden stehen für die Fähigkeit, rechtspopulistische, z.T. auch rechtsextremistische Positionen in elektoralen Erfolg umzusetzen und teilweise sogar Regierungsbeteiligungen zu gewinnen. Mit unterschiedlicher Ausprägung von regionalistischen, wirtschaftsli-

<sup>2</sup> Interview, *Würden Sie das noch mal tun, Herr von Beust?*, in: Der Tagesspiegel, 11.01.04

<sup>3</sup> Joachim Raschke/Elmar Wiesendahl, *Der schöne Schein von Hamburg*, in: Frankfurter Rundschau, 22.01.04

<sup>4</sup> ebenda

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.07.02

beralen oder antimodernen Momenten erzielen sie zwischen zehn und zwanzig Prozent der Stimmen.

Studien über die Akzeptanz des Rechtsextremismus belegen, daß auch in der Bundesrepublik ein größeres rechtsextremes bzw. rechtspopulistisches Potential existiert, als es in den Wahlergebnissen von DVU, Republikanern u.a. zum Ausdruck kommt. Die bisherige Erfolglosigkeit rechtspopulistischer Parteien gründete sich u.a. in ihrer Stigmatisierung aufgrund der deutschen nationalsozialistischen Vergangenheit, ihrer organisatorischen Zersplitterung sowie ihrer Anziehungskraft auf Gruppierungen und subkulturelle Milieus im rechtsextremen Lager<sup>6</sup>.

Die gegenwärtige Welle erfolgreicher Formationen in Europa hat jedoch grundsätzlichere Ursachen. Traditionelle soziale und kulturelle Milieus und Strukturen lösen sich auf. Die Individualisierung reicht weit über die damit verbundene Auflösung tradierter Parteibindungen hinaus. Der Siegeszug der europäischen Sozialdemokratie, die erst vor einigen Jahren die meisten konservativen Regierungen ablöste, endete mit dem Bankrott ihrer Politik. Gewählt in der Hoffnung, sie würde die globalen Prozesse sozial abfedern, machte sie sich zum Protagonisten von Sozialabbau und Deregulierung<sup>7</sup>. Der rechtspopulistische Trend basiert auf der gescheiterten Politik der bislang dominierenden konservativen und Mitte-Links Regierungen und auf der wachsenden Verunsicherung zahlreicher Menschen über die Gefährdungen und Fehlentwicklungen im globalisierten Kapitalismus.

Veränderungen der Arbeits- und Lebensweise und daraus entstehende Ängste führen zum Funktionsverlust der Politik. Spendenaffären vergrößern die Entfremdung von der politischen Klasse und beschleunigen die Krise der Repräsentation. Diese spezifische politische Gemengelage und eine charismatische Figur, die es versteht ihre Chance zu nutzen, können eine reale Herausforderung des neoliberalen Projektes von rechts formieren<sup>8</sup>. Unabhängig von Schills gegenwärtig zu konstatierendem Bedeutungsverlust belegt sein Erfolg in der Frühphase, daß rechtspopulistische Parteien auch in der Bundesrepublik über erhebliche Wahlchancen verfügen.

## **Rückblick: Schill ist der Gewinner der Bürgerschaftswahl 2001**

In der Wahnacht des 23. September 2001 war der ehemalige Amtsrichter Ronald Barnabas Schill mit seiner *Partei Rechtsstaatliche Offensive* der einzige wirkliche

<sup>6</sup> Vgl. Frank Decker, Perspektiven des Rechtspopulismus in Deutschland am Beispiel der „Schill-Partei“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 21, 24.5.03; ders. Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 148ff.

<sup>7</sup> Vgl. Joachim Bischoff / Richard Detje, *Krise der Politik. Zivilgesellschaft und Demokratie im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts*, in Sozialismus, Hamburg, Oktober 2001, S. 20 ff.

<sup>8</sup> Michael Chrapa, Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): rls-standpunkte 2/2002, Berlin 2002

Gewinner. Er gewann aus dem Stand 19,4 % der Stimmen<sup>9</sup>, ein bislang unerreichtes Ergebnis für eine neue politische Partei in der Bundesrepublik. Alle offiziellen Wahlziele wurden erreicht: Einzug in die Bürgerschaft, Regierungsbeteiligung und Ablösung des rot-grünen Senats durch eine „bürgerliche Mehrheit“.

Zugleich resultierte Schills massiver Stimmengewinn aus der Schwäche eben dieser „bürgerlichen Parteien“: die CDU lag mit 26 % nur knapp über ihrem historischen Tief von 1993 und auch die FDP rutschte mit 700 Stimmen nur knapp über die Fünfprozenthürde. Indessen absorbierte Schill komplett das rechtsextremistische Parteienspektrum, das bei der Bürgerschaftswahl 1997 mehr als sieben Prozent der Stimmen erreicht hatte.

Hamburg zählt zu den reichsten Regionen Europas, besitzt aber „zudem eine politische Klasse, die aus Abgehobenheit, Ignoranz und politischer Dummheit eine Stadt- und Sozialentwicklung betrieben hat, die seit längerem den Nährboden für starke rechtspopulistische Strömungen ist.“<sup>10</sup> Die Bürgerschaftswahl 2001 wurde von lokalen Faktoren beeinflusst. In der Stadt entwickelte sich eine Anti-Filz- und Wechselstimmung, die realen Positiv/Negativ-Posten des SPD/GAL-Senats spielten keine ausschlaggebende Rolle. Das Thema Kriminalität/Innere Sicherheit prägte die Stimmung im Wahlkampf. Mit massiver Unterstützung der medienmarktbeherrschenden Springerpresse fielen die Umfrageergebnisse für Schill im Jahresverlauf immer höher aus.

Ein kurzer Blick auf die Wählerwanderung macht deutlich, daß die Schill-Wählerinnen und -wähler aus allen relevanten politischen Spektren sowie aus dem Nichtwählerbereich stammen. Der Anteil der Stimmen rechtsextremistischer Parteien, vor allem von DVU und Republikanern, lag immerhin bei fast 46.000. Dies entsprach 28 % der für die Schill-Partei abgegebenen Stimmen.

Die Schill-Partei erzielte „relativ höhere Stimmenanteile in Stadtteile mit geringem sozialem Status, gekennzeichnet durch hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und Geringverdienern sowie durch ein geringes Bildungsniveau der Bevölkerung.“<sup>11</sup> Dort wo das Einkommen hoch ist 14,7 %, dort wo es niedrig ist 19,4%. Der Anteil der HauptschülerInnen (27 %) ist dreimal so hoch wie der der HochschulabsolventInnen (9 %).<sup>12</sup> Die Zustimmung stieg, je weiter das Wahlgebiet vom Zentrum der Stadt entfernt lag. Die sog. „kleinen Leute“, dabei überproportional Männer und die über 60jährigen, bildeten das größte Wählerinnen- und Wählerpotential für die Schill-Partei.

---

<sup>9</sup> siehe Anhang

<sup>10</sup> Bernhard Müller, a.a.O. *Aufstand der Anständigen. Rechtspopulismus in Hamburg*, in: Sozialismus, Hamburg, Oktober 2001, S.14

<sup>11</sup> Statistisches Landesamt, *Überblick: Parteien-Ergebnisse in besseren und weniger guten Wohnlagen*, [www.hamburg.de/Behörden/StaLa/wahlen/wahl2001/welcome.htm](http://www.hamburg.de/Behörden/StaLa/wahlen/wahl2001/welcome.htm).

<sup>12</sup> vgl. Forschungsgruppe Wahlen 23.09.2001 *Wahl zur Bürgerschaft Hamburg*

„Schills Anhängerschaft besteht aus zwei Segmenten: einem rechts-bürgerlichen und einem, vorzugsweise sozialdemokratisch gespeisten, rechts-populistischen Teil. Beide ließen sich unter dem Thema innere Sicherheit zusammenführen, verbinden mit ihrer Stimmabgabe für die Schill-Partei unterschiedliche Erwartungen. Die bürgerlichen Wähler lassen sich mit einem pragmatischen Regierungsstil zufriedenstellen, der insbesondere zur Entschärfung der als dramatisch empfundenen Probleme der inneren Sicherheit in Hamburg beiträgt. Die rechtspopulistischen Wähler dagegen, aus sozialen Randlagen und politisch entfremdet, dürften mehr erwarten.“<sup>13</sup>

## Schills Hintergrund – ein rechtskonservativer Populist

Schill selbst bezeichnet sich nicht als rechts, sondern als „grundsätzlich liberal“<sup>14</sup>. Fast die Hälfte der Hamburgerinnen und Hamburger waren bereits bei der letzten Bürgerschaftswahl anderer Meinung: sie hielten die Schill-Partei nicht für eine demokratische Partei<sup>15</sup>.

Die Schill-Partei als rechtspopulistisch zu bezeichnen ist im Prinzip richtig, allerdings zu unscharf, weil unterschiedlichste Formationen wie die DVU, die Republikaner, die Statt-Partei u.A. so benannt und die Unterschiede damit zugleich verwischt werden. Der Begriff Populismus steht für eine konkrete Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform, die vier Kernelemente enthält: Charismatische Führerschaft, „Einfaches Volk“ vs. Establishment, Radikale Simplifizierung sowie Vorurteils- und Angstpolitik<sup>16</sup>. Hieran überprüft, agieren Schill und seine Partei unstrittig populistisch. Schill selbst war dank der Inszenierung als „Richter Gnadenlos“ der charismatische Führer der Partei, die ohne „Schill“ als Markennamen schlecht vorstellbar ist. Der Kampf gegen das Establishment, gegen „die Traditionsparteien“, gegen den „Genossen-Filz“, das sind seine Themen, um antidemokratischen, rechten Antiparlamentarismus zu betreiben. Hinzu kommt: „Elemente einer sozialen Bewegung hat allein die Schill-Partei in den (Hamburger) Wahlkampf hineinbringen können. Sie hatte die mit Abstand größten Wahlveranstaltungen – und das in Stadtteilen, in denen die politische Betätigung ansonsten unterdurchschnittlich ist.“<sup>17</sup>

Präziser ist die Kennzeichnung „rechtskonservativer Populismus“.<sup>18</sup> Die Positionen sind noch verfassungskonform und in diesem Sinne nicht rechtsextremi-

<sup>13</sup> Joachim Raschke / Ralf Tils, *CSU des Nordens*, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Bonn, Januar 2002, S.49

<sup>14</sup> So Schill in einem Interview, in: Junge Freiheit 7.12.01

<sup>15</sup> Forschungsgruppe Wahlen e.V., 23. September 2001 *Wahl zur Bürgerschaft Hamburg*

<sup>16</sup> vgl. Joachim Raschke / Ralf Tils, a.a.O., S.51ff.

<sup>17</sup> Willfried Maier, *Profil neu erfinden, zur Mitte hin*, in: taz-hamburg, 25.10.2001

<sup>18</sup> Joachim Raschke / Ralf Tils, a.a.O., S.53f.

stisch.<sup>19</sup> Die Distanzierungen Schills<sup>20</sup> sind einer der Gründe, warum eine Stigmatisierung in der Frühphase nicht funktionierte und er im bürgerlichen Lager salonfähig werden konnte.<sup>21</sup> Er orientiert auf die konservative Begriffswelt eines starken und autoritären Staates. Die Entpolitisierung und Refunktionalisierung von Polizei und Justiz sind deshalb Kernelemente seiner politischen Strategie. Dirk Schümer vertrat in der FAZ die Position, von Hamburg möge jenseits rechtsextremer Versuche eine Modellfunktion ausgehen, die den Anschluß an die Veränderungen in Europa finden läßt.<sup>22</sup>

Zur Präzisierung ist anzumerken: „Schill und Haider sind keine rechtsextremen Politiker, aber auch keine bloßen Stil-Populisten. Und Schill ist nicht der deutsche Haider. Aber beide sind Brüder im Geist und Unterstützer des neurechten Kampfes gegen die besten Traditionen einer europäischen pluralistisch-freiheitlichen Demokratie – und sei es auch nur in der Rolle des ‚nützlichen Idioten‘“<sup>23</sup>

## Schill als Schlüssel für den Wechsel nach Rechts

Eine Analyse der parlamentarischen und Senatsarbeit sowie die interne Entwicklung der Schill-Partei/PRO kann an dieser Stelle nicht vorgenommen werden. Die Chronologie im Anhang stellt die wichtigsten Daten kurz dar.

Sucht man nach den Ursachen für den großen Stimmengewinn, trifft man auf ein häufig unterschätztes, aber wesentliches Motiv für die Wahl der Schill-Partei: Die eindeutige Koalitionsaussage der CDU<sup>24</sup> im Juli 2001. Die Umfragewerte sprangen von vorher 9 % auf 15 %. Damit wurde die Schill-Partei Gestaltungs- und Protestpartei zugleich. Sie griff rechten Antietatismus, rechten Antiparlamentarismus und allgemeine Parteienverdrossenheit auf und konnte zugleich glaubhaft behaupten, im nächsten Senat ein Teil ihrer Konzepte umzusetzen.

Ole von Beust verlor „Skrupellos, wie sonst nur die Art seines Altersgenossen Roland Koch ist, griff Ole von Beust nach dem Strohalm, der ihm das politische Überleben sicherte – kurz bevor ihn das 24. Jahr in der Opposition endgültig zum

---

<sup>19</sup> Die Partei grenzt sich von rechtsextremen Organisationen ab. Im Juni 2002 wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluß für ehemalige Mitglieder rechtsextremer Parteien beschlossen. Einzelne Fälle, wie die des auf Platz 2 der thüringischen Bundestagsliste kandidierenden FDVU-Kaders Steinert sind bislang Ausnahmen. Rechtsextreme kritisieren dies scharf. Es dient ihnen als Beleg, warum Schill scheitern muß (Nation & Europa 7/8 2002; Deutsche Stimme 12-01)

<sup>20</sup> „Ich verbitte mir jeden Vergleich mit Jörg Haider, da er sich nicht von den Verbrechen des Dritten Reiches ausreichend distanziert hat.“ Junge Freiheit 7.12.01

<sup>21</sup> vgl. Frank Decker, *Wenn Schill scheitert, dann an sich selbst*, in: Frankfurter Rundschau 14.11.01

<sup>22</sup> Dirk Schümer, *Die neuen Staatsfreunde*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.09.01

<sup>23</sup> Wolfgang Gessenhardter, *Brüder im neurechten Geist. Was Jörg Haider und Ronald Schill eint – aber auch trennt*, in: Frankfurter Rundschau, 12.07.2003

<sup>24</sup> Peter Kruse, *Warum von Beust „Richter Gnadenlos“ ins Boot holen will – ein Gespräch mit dem CDU-Spitzenkandidaten*, in: Hamburger Abendblatt 26.07.01

Gescheiterten gestempelt hätte.“<sup>25</sup> Beust „verspielt – machthungrig – die Unschuld des bürgerlichen Lagers.“<sup>26</sup>

Die Kernfrage für rechtspopulistische Formationen, und insofern auch für Schill, der sich selbst als „das verkörperte Protestpotential“<sup>27</sup> begreift, bleibt, wie sie den Spagat zwischen Regierungs- und Protestpartei beibehalten wollen. Insbesondere Wählerinnen und Wähler aus sozialen Problem- und Randlagen fordern ihre erhofften Vorteile eines Tages ein. Die überwiegende symbolische und dazu noch handwerklich schlechte Politik, z.B. mit der „hanseatisch-dunkelblauer Uniformen“, die Entfernung von Pollern und das Abdecken von einzelnen stationären Radarmeßanlagen, reicht nicht aus.

Zumindest haben sie berechtigter Weise kein Interesse daran, daß die von ihnen Gewählten sich lediglich selber bereichern. Die schnell aufkommende Rede von der Vetternwirtschaft<sup>28</sup>, medial untersetzt mit Berichten über den „Partysenator“ Schill und den „verliebten Senator“<sup>29</sup> Mettbach, wirkt kontraproduktiv. Die Bereitschaft der Anhängerinnen und Anhänger anzunehmen, das die ‚blutjungen Senatoren‘, ohne Amtserfahrung, den sozialdemokratischen Beamten lediglich ein ums andere Mal in offene Messer gelaufen seien<sup>30</sup>, dürfte spätestens mit der Affäre Wellinghausen im August 2003 deutlich abgenommen haben. Staatssekretär Walter Wellinghausen – früherer Anwalt von Schill und ehemaliger Sozialdemokrat – war im Amt ungenehmigten Nebengeschäften nachgegangen, die ihm im Jahr 2002 immerhin rund 30.000 Euro eingebracht hatten.

## Querulanten und verpatzte Chancen auf dem Weg der bundesweiten Ausdehnung

Bis zum Frühsommer 2002 sind die Mitgliederzahlen der Schill-Partei<sup>31</sup> angewachsen. Neben Hamburg wurden in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg Landesverbände gegründet und in allen Bundesländern Parteistrukturen aufgebaut. Schlüssel zum bundesweiten Aufstieg sollte die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002 werden. Dort wollte der „Größte Wahlsieger aller Zeiten“ (Schill über Schill) den Hamburger Erfolg wiederholen und der PRO-Landesvorsitzende und Hamburger Millionär Marseille, der sein Vermögen in

<sup>25</sup> Matthias Krupa, *Halbstark in Hamburg*, in: Die Zeit Nr. 44/01

<sup>26</sup> Joachim Raschke / Elmar Wiesendahl, a.a.o.

<sup>27</sup> So Schill in einem Interview, in: Hamburger Abendblatt 26.09.01

<sup>28</sup> René Wagner, *Schwachstelle Schickeria*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 1.12.01

<sup>29</sup> Aufmacher in BILD 22.01.02

<sup>30</sup> René Wagner, *Es fehlt an Könnern*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 2.02.02

<sup>31</sup> Die Partei nannte am 23.6.02 6.100 Mitglieder. Über Mitglieder und finanzielle Förderer ist wenig bekannt. Es sollen sich mehrere Großspender (über 20 TDM) darunter befinden. Hinzu kommen einige Hamburger Geschäftsleute, die vor der Wahl in Anzeigen ihre Unterstützung für Schill bekundet haben.



Pflege- und Reha-Kliniken sowie in Immobiliengeschäften einsetzt, sollte Ministerpräsident werden. Die DVU ('98: 12,9%) sollte beerbt und die PDS wurde als Hauptgegner auserkoren<sup>32</sup>. Beides hat nicht funktioniert, die Schill-Partei ist mit 4,5% der Stimmen knapp gescheitert.

Sicherheit und Kriminalität sollten als Kernthemen der Schill-Partei ergänzt werden um die Themen Wirtschaft, Arbeits- und Zukunftslosigkeit im Osten. Sachsen-Anhalts WählerInnen sind weniger von Kriminalität bedroht, als von einer kriminell hohen Arbeitslosigkeit und die rassistische Plakatserie zu Asyl und Migration hat zahlreiche potentielle WählerInnen eher abgeschreckt.

In Mecklenburg-Vorpommern trat die Schill-Partei zur Landtagswahl am 22.9.02 an und erreichte nur 1,7% der Stimmen. Mit dem Präsidenten der IHK Schwerin, Liesberg, dem ehemaligen CDU-MdB Marten und dem Präsidenten der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommerns, Eckert, wurden honorige Bürger gewonnen. Der Landesverband wurde nach Tumulten im dritten Anlauf gegründet. Querelen und Grabenkämpfe führten dazu, daß ein Fünftel der Mitglieder wieder austrat. Eckert, auch Spitzenkandidat zur Landtagswahl, trat eben hiervon wieder zurück.

Aber nicht nur im Osten bestehen Probleme beim Parteaufbau. Schill führt eine kaum arbeitsfähige, kompetenzarme Partei von Politneulingen und beklagt selbst, daß zu viele „Querulanten uns das Leben schwermachen“ (Die Zeit 27/02). Es ist bislang kaum gelungen, „bürgerliche Experten“ von außerhalb für Funktionen und die Beratung zu gewinnen. Jetzt, sechs Wochen vor der Bundestagswahl, liegt immer noch kein Wahlprogramm vor. Hinzu spalteten sich Grüppchen ab, traten bald hier, bald dort Dutzende von Neumitgliedern wieder aus, spaltete sich in Hamburg Bezirksversammlungsfraktion.

„Wirrwar“, „Selbsterfleischung“ und „Chaos“ lauten Zustandsbeschreibungen, seit im Mai der Bundesparteitag mangels Beschlußfähigkeit platzte und dann im Juni mit 453 zu 386 Stimmen, gegen den Widerstand Schills und des gesamten Bundesvorstandes, die Teilnahme an der Bundestagswahl beschloß. Bis auf Sachsen-Anhalt („Marseilles Defaitismus“)<sup>33</sup> stellt die Schill-Partei überall Landeslisten auf.

## **Erpressung – oder: „Schill hat politisches Fingerspitzengefühl“<sup>34</sup>**

Bei Roland Schill entwickelte sich Unmut über den christdemokratischen Filz um den ersten Bürgermeister, Ole von Beust. Wenn man dem Bürgermeister glauben

---

<sup>32</sup> Gerhard Praschl, *So will Richter Schill den Osten erobern*, in: Superillu Nr. 48/2001

<sup>33</sup> Junge Freiheit 19.7.02

<sup>34</sup> Bolko Hoffmann über Schill in: *Freunde in der Not*, Der Tagesspiegel 13.01.04

schenken will, folgte ein Erpressungsversuch mit schmutzigen Indizien über seine sexuellen Präferenzen und privaten Beziehungen zum Justizsenator. Die Folge war die abrupten Entlassung Schills aus dem Amt des Innensensors. Die Schill-Partei distanzierte sich lasch und wollte die erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Auch der so bedrängte von Beust wollte auf die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten nichts kommen lassen.

„Das Kernproblem liegt nicht in der versuchten Denunziation eines Politikers wegen seiner sexuellen Orientierung. Die bürgerliche Koalition setzt vielmehr die jahrzehntelange Praxis der hanseatischen Sozialdemokratie fort, den politischen Raum und die Mandate auch zur persönlichen Bereicherung zu nutzen. Mehr noch: Die ökonomischen Probleme Hamburgs wurden nicht bewegt; durch aufwendige Immobilientransaktionen und eine Eventkultur (Olympiabewerbung etc.) wird eine ökonomische Scheinblüte erzeugt. Die soziale Polarisierung und die Zerstörung von städtischen Strukturen machen zugleich enorme Fortschritte.“<sup>35</sup>

„Die Auswechslung Langes und das katastrophale Mißmanagement im Bereich der Kindertagesstätten reichten allerdings aus, den Umtrieben der PRO-Politiker neue Handlungsmöglichkeiten und Energie zu verleihen. Im Personalkarussell im Rathaus wurde mächtig mit gedreht, was die Differenzen unter den Führungskadern der Schill-Partei erheblich verstärkte. Die Nummer Zwei der PRO, Bausenator Mettbach, begriff sich immer weniger nur als eigentlicher Organisator und Stellvertreter, sondern konnte sich die Schill-Partei auch ohne den Namensgeber als zukunftsfähige Kraft vorstellen. Schill wollte nicht Hinterbänkler bleiben, ließ sich als Landesvorsitzender in Hamburg mit über 75% der Delegiertenstimmen bestätigen und eröffnet damit das Finale im "politischen Kasperle-Theater" (von Beust).“<sup>36</sup>

## „Endzeitstimmung nach dem Kabeljau“<sup>37</sup>

Am 8. Dezember feierte der CDU-Landesvorsitzende Dirk Fischer seinen sechzigsten Geburtstag auf einem Empfang mit bedeutender CDU-Prominenz. Die Laudatio hielt Altkanzler Kohl. Wundersam fügte es sich, daß Ole von Beust wenige Stunden später, um 4 Uhr 30 wie es später hieß, in seinem Bett aufwachte und den einsamen Entschluß faßte, die Regierungskoalition in Hamburg zu beenden.

Der Befreiungsschlag kam spät, war aber offensichtlich ein voller Erfolg. Auch wenn die späte Entscheidung teilweise kritisiert wird<sup>38</sup>, macht der Zeitpunkt aufgrund des bundesweiten Trends zugunsten der Union und dem bodenlosen Absak-

---

<sup>35</sup> Redaktion Sozialismus, *Schill-out?*, <http://www.Sozialismus.de>, Kommentar Nr. 8/2003,

<sup>36</sup> ebenda

<sup>37</sup> Veit Ruppertsberg, *Endzeitstimmung nach dem Kabeljau*, in: Hamburger Abendblatt, 13.12.03

<sup>38</sup> Dt., *Beust springt*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.03

ken der SPD in allen Umfragen Sinn. Für die CDU entsteht mit ihrem Kandidaten, dem „Bürgermeister der Herzen“, Ole von Beust, der mutig gegen den „Psychopaten Schill“ aufgetreten ist die historisch erstmalige Chance die absolute Mehrheit der Sitze in der Hamburger Bürgerschaft zu erringen.

Es entbehrt nicht einer grotesken Vorstellung, daß von Beust in seiner Erklärung zur Auflösung der Koalition ernsthaft die Erfolge und gute Zusammenarbeit mit der Schill-Partei lobt und lediglich das „unwürdige politische Kasperletheater mit zum Teil psychopathischen Zügen“<sup>39</sup> seines ehemaligen Duzfreundes Roland Schill zum Anlaß der Beendigung der Koalition nimmt.

In Folge der Koalitionsauflösung kommt es in der Schill-Partei zur offenen Spaltung. Der Bundesvorsitzende Mettbach hatte zuvor versucht durch die Ausschaltung Schills die Koalition zu retten, jetzt soll Schill aus Fraktion und Partei ausgeschlossen werden, was auch passiert. Mehrere Landesverbände, u.a. Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein stehen auf der Seite Schills, können sich aber mit der Forderung nach einem Sonderparteitag nicht durchsetzen.<sup>40</sup> Die Auseinandersetzungen eskalieren. Schill versucht gegen an zusteuern, erkennt aber offensichtlich nicht den Ernst der Lage. „Ob mich ein Bundesvorstand absetzt oder mein Friseur, macht hier keinen Unterschied.“<sup>41</sup> Zumindest zeugen solche und ähnliche Aussagen nicht von einem politisch kompetenten Krisenmanagement.

Über einzelne Plattformen, beispielsweise die Internetseite des Landesverbandes NRW, kann er Durchhalteparolen an seine Anhänger in der Schill-Partei absetzen und fordert sie zum Ausharren auf. Dennoch wird seine Position geschwächt, Ausschluß aus Bürgerschaftsfraktion und Partei folgen. Mit der Gründung der „Roland-Schill-Fraktion“ erhält er eine gewisse Handlungsmöglichkeit zurück, treibt mit dem Eintritt in die Pro-DM-Partei Hoffmanns jedoch neuen Abhängigkeiten entgegen.

## **Ausblick: Hat Schill (die Schill-Partei) eine Zukunft?**

Zunächst sollte nüchtern festgehalten werden, daß die Schill-Partei in der konsensorientierten bundesrepublikanischen Gesellschaft außergewöhnlich erfolgreich gewirkt hat. Bereits vor ihrem Einzug in die Hamburger Bürgerschaftswahl hat sie das politische Klima verändert<sup>42</sup> und sogar die innenpolitische Ausrichtung des rot-grünen Senats verändert. In der Haltung zu Migration und Abschiebungen sind die Verhärtungen in Hamburg täglich zu spüren.

---

<sup>39</sup> *Die Erklärung des Bürgermeisters*, zit. nach Hamburger Abendblatt, 10.12.03

<sup>40</sup> vgl. Peter Freitag, *Abgang an der Alster*, in: Junge Freiheit, 19.12.03

<sup>41</sup> <http://www.ndr.de/ndr/regional/hh/wahl/kandidaten/portraet/schill.html>

<sup>42</sup> vgl. Werner A. Perger, *Angst machen lohnt sich*, in: Die Zeit Nr. 40/01

Der bisherige Erfolg der Schill-Partei lag auch an der Schwäche der CDU bis zum Herbst 2002. Vor der Bundestagswahl ließ die Koalitions- bzw. Duldungsbereitschaft von FDP, PDS sowie Grünen der SPD mehrere Optionen zur Fortsetzung der Regierungsgeschäfte. Unter der Voraussetzung, daß Wahlen in der Mitte gewonnen werden, mußte Stoiber weiter in die Mitte rücken<sup>43</sup>. Daraus hätte sich eine strategische Option für die Union in Hinblick auf die Schill-Partei ergeben können und Hamburg wäre der Probelauf gewesen. Zugleich entstand damit für die Union das Problem eine Partei rechts von sich zuzulassen. „Sein (Schills) Wahlerfolg hat außerhalb der Hansestadt keinen deutschen Politiker so beunruhigt und aufgewühlt wie den bayrischen Ministerpräsidenten“.<sup>44</sup> „Schill ist in Stoibers Augen insofern ein zweiter Schönhuber, als er den Unionsparteien politische Positionen abspenstig machen möchte, ohne die weder CSU noch die CDU Mehrheiten gewinnen kann.“<sup>45</sup>

Nach der Bundestagswahl haben sich die Bedingungen jedoch drastisch verändert: Die Schill-Partei ist mit 0,8% komplett gescheitert. Rein rechnerisch hätten sie Stoiber zur Mehrheit verholpen. Eine Gefahr, die in einer Studie<sup>46</sup> der Konrad-Adenauer-Stiftung bereits im April 2002 vorausgesehen wurde. Vor allem aber sind die Mehrheiten im Zuge der unsozialen Agenda-Reformen der Bundesregierung massiv zugunsten der Union verschoben: Erdrutschartige Siege in Hessen, Niedersachsen und Bayern und Umfrageergebnisse, die der Union annähernd 50% der Stimmen zuweisen, machen ein Spiel mit Schill überflüssig. In diesem Kontext ist eher die Ursache zu suchen, warum die Hamburger Koalition durch von Beust beendet wurde.

Richtig ist allerdings auch: Aus dem Stand holten die vermeintlichen Saubermännern 20% der Wählerstimmen und haben dieses Vertrauenskapital in noch nicht mal zwei Jahren weitgehend verbraucht. Innerparteiliche Grabenkämpfe zerstören die Schill-Partei, derweil glauben Mettbach, Nockemann und Frühauf, sie könnten Schill ernsthaft beerben und ohne ihn, aber mit seinem Namen, ihre rechtspopulistische Politik fortsetzen. „Die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihr kulturell-politischer Überbau, die diesen "Blitzsieg" ermöglicht haben, sind so gleichsam treibhausmäßig für noch größere Erfolge von Rechtspopulisten weiter entwickelt worden.“<sup>47</sup>

---

<sup>43</sup> Vgl. Gerd Wiegel, *Die Union und der rechte Rand*, in: PDS Bundestagsfraktion (Hg.), Berlin 2002, S. 27ff.

<sup>44</sup> Roswin Finkenzeller, *Unduldsam*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.01.02

<sup>45</sup> ders., *Jenseits bayrischer Grenzen darf man ruhig einmal verlieren*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.01.02

<sup>46</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Michael Schmitz, *Die Schill-Partei – Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt*, Sankt Augustin 2002, S.37

<sup>47</sup> Redaktion Sozialismus, *Schill-out?*, <http://www.Sozialismus.de>, Kommentar Nr. 8/2003,

Die parlamentarische Opposition hat dieser Politik nichts entgegen zu setzen. Die SPD und erst recht nicht die Grünen können der desaströsen Stadtpolitik und den Skandalen der bürgerlichen Koalition etwas entgegen setzen. Die außerparlamentarische politische Linke (PDS, Regenbogen etc.) ist marginalisiert und insofern überhaupt kein ernstzunehmender Faktor in der politischen Auseinandersetzung.

So wird die Partei Rechtsstaatlicher Offensive mit ziemlicher Sicherheit der nächsten Bürgerschaft nicht mehr angehören. Auch für Ronald Schill als Spitzenkandidat der Pro-DM-Partei dürfte es ausgesprochen unwahrscheinlich sein, wieder auf der Abgeordnetenbank Platz zu nehmen. Für Schill und seine Getreuen war die die Kandidatur mit der Pro-DM-Partei ohnehin nur die einzige reale Möglichkeit überhaupt zur Hamburger Bürgerschaft am 29. Februar anzutreten. Die Terminsetzungen und gesetzlichen Bestimmungen hätten eine Neugründung nicht zugelassen.

Unterstellt, Schill und PRO scheitern an der Fünfprozenthürde bleiben die Ursachen für ihren rechtspopulistischen Siegeszug in der Frühphase weiter bestehen. „Nach kurzer Beruhigung wird die Selbstbereicherungs- und Skandalpolitik neue Blüten treiben. Es sieht im Prinzip nach einer Mutation des Rechtspopulismus aus: Die Schill-Ausgabe verschwindet und es wird wiederum ein neuer rechtspopulistischer Glücksritter die Bühne betreten.“<sup>48</sup>

## Andreas Speit

### „Deutsche Mitte“ – Ronald Schill und Bolko Hoffmann

Umfangreiche Video-Überwachung, ungehinderter Informationstausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz, Verdachtsausweisung von Islamisten, Ausweitung der Abschiebung, Beschäftigungszwang für Sozialhilfeempfänger und Schutz der Kleingärten. Das Programm der „Pro Deutsche Mitte / Schill“ lässt kaum Wünsche der „rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger“ offen.<sup>49</sup> Mit seiner neuen Partei möchte Ronald B. Schill doch auch seine früheren Wähler wiedergewinnen.

---

<sup>48</sup> ebenda

\* *Andreas Speit, Dipl. Sozialwirt und Freier Journalist; regelmäßige Veröffentlichungen über Neonazismus und rechte Grenzgänge in "tageszeitung", "jungle world", "Blick nach rechts" und "Der Rechte Rand"; Herausgeber von "Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk im Spannungsfeld rechter Ideologien" (2002) und Co-Autor von "Der Rechtssprecher – Ronald Schill" (2002)*

Lange hat der einstige Hamburger Innensenator seine treuen Anhänger im Unwissen über seine politischen Bestrebungen gelassen. Am 4. Januar dieses Jahres kann der laute Hoffnungsträger der stillen Gemeinschaft von Innere-Sicherheits-Wahnhaften, Rechtsschaffene-zuerst-Liebenden und Sozial-Neidern jedoch hoffnungsvoll erklären: „Als Spitzenkandidat der Pro DM /Schill-Partei trete ich zur Bürgerschaftswahl am 29. Februar an“. Nach Monaten der politischen Skandale mit den früheren Regierungspartnern CDU und FDP und Wochen der parteiinternen Querelen mit ehemals engsten Parteifreunden, wie Mario Mettbach und Dirk Nockemann, verkündet er die Fusion der „Ronald-Schill-Fraktion“ mit der Partei „Pro Deutsche Mitte“.

Gerüchte um einen möglichen Zusammenschluss mit der Partei des millionenschweren Unternehmer Bolko Hoffman aus Düsseldorf kursierten unlängst. Doch erst an diesem Sonntag Nachmittag stellten, nach einem zuvor geheimgehaltenen Treffen, der geschasste Gründer der Partei Rechtsstaatliche Offensive und der allein herrschende Bundesvorsitzende im Tagungssaal „Graf Zeppelin“ des Airport-Hotels die neue Politik-Liaison der Presse vor. „Sollen wir ein Victory-Zeichen machen“, fragt Schill wohlgelaunt, als er zusammen mit den 19 Bürgerschaftskandidaten für die Fotografen posiert. Auf der Landesliste stehen die Schill-Anhänger, Katrin Freund, Bodo Theodor Adolphi und Richard Braake und die Hoffmann-Mitglieder Imke Noack und Marita Ummels. Hoffmann selbst möchte sich „nicht im Wahlkampf einmischen“. Allerdings will er als finanzkräftiger Partner aus dem Hintergrund mithelfen. „Für unseren Hamburger Wahlkampf“, verriet er, „werden wir weniger als 500.000 Euro ausgeben“.

Schon früher wollte Hoffmann Schill mit Geld dienlich sein, aber damals herrschte noch keine gute Stimmung zwischen den beiden Herren. Auf dem ersten Parteitag der Rechtsstaatlichen Offensive am 26. November 2000 im Bürgerhaus zu Wilhelmsburg berichtet Schill als Bundesvorsitzender den Mitglieder der neuen Partei, dass „Hoffman eine Million für den Wahlkampf geboten“ hätte, allerdings mit der Bedingung verbunden das sich die Schill-Partei in die Pro DM einordne. Sonst wolle Hoffmann die Partei verklagen, da durch das Parteikürzel PRO und PRO-DM eine „Verwechslungsgefahr“ bestehe.<sup>50</sup> Schill soll hingegen, erzählt Hoffmann später, diese eine Million für sich privat gefordert haben, um der Fusion zuzustimmen.<sup>51</sup> Es folgten 2001 gerichtliche Auseinandersetzungen um das Parteikürzel und ein Verleumdungsklage von Schill gegen Hoffmann. Der „unseligen Verleumdungsklage“, beschwichtigt Hoffmann heute, „liegt ein Missverständnis zugrunde“ und er stellt auch sogleich klar: „Ich habe nie gegen Schill prozessiert,

---

<sup>49</sup> ProDM/Schill: *Programm für die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 29. Februar 2004*, S.2,3,9, u. 10.

<sup>50</sup> Vgl.: Andreas Speit, *Auftakt der Anständigen*, in: *Jungle World* 06.12.2000

<sup>51</sup> Vgl.: Marco Carini, Andreas Speit: *Der Rechtssprecher – Ronald Schill*, Hamburg, 2002, S. 50 f.

nur gegen die Schill-Partei“.<sup>52</sup> Alles alte Geschichten, welche die gemeinsame Zukunft nicht beeinflussen sollen, so die unausgesprochene Botschaft Hoffmanns, der sich mit Schill wegen „übler Nachrede“ damals außergerichtlich einigte. Die Liaison ist schließlich auch ein Pakt von dem sich beide etwas erhoffen: Schill Geld für den Wahlkampf und Hoffmann Ausstrahlung für seine Partei. Denn große politische Erfolge, konnte der sonst so erfolgreiche Unternehmer bisher nicht feiern.

Bereits 1998 gründet Hoffmann mit etwa 100 Getreuen die Pro DM als „Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei“ in Düsseldorf, um die Deutsche Mark zu retten.<sup>53</sup> Mit 20-Millionen-Mark zog die Initiative in die Bundestagswahl 1998. Ohne Erfolg: Die Hoffmann-Gruppe erhielt 0,9 Prozent der Stimmen. Einen weiteren Mißerfolg landete die Pro DM bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001, wo sie trotz Werbeschlacht nur 1.525 Wähler für sich gewinnen konnten.<sup>54</sup> Nach der Einführung des Euro nannten die Mitglieder die Initiative, welche ihren Bundessitz in Hoffmanns Büroräumen hat, in „Pro Deutsche Mitte“ um.<sup>55</sup> Alle Mitglieder, erzählt Hoffmann gern, „arbeiten ehrenamtlich“. Bis zu dem Zusammengehen mit Schill konnte Hoffmann aber kaum neue Mitglieder gewinnen. Hoffmann, der das Börsenblättchen „Effecten-Spiegel“ herausgibt, sowie Chef der gleichnamigen Beteiligungsgesellschaft ist, die unter anderem knapp 45 Prozent der Informations AG von Moritz Hunzinger und 0,5 Prozent der Audi-Aktion hält, scheint aber auch lieber nur mit einem kleinen Personenkreis enger zusammenarbeiten zu wollen. Laut Satzung der Pro DM von 1998 „obliegt es alleine“ dem Bundesvorsitzenden oder seinem Beauftragten (...) wichtige politische Stellungnahmen nach außen abzugeben“.<sup>56</sup>

Das „liberale“ im Namen spiegelt sich so auch in dem vier DIN-4-Seiten umfassendem Programm vor allem bei den wirtschaftspolitischen Positionen wieder. Die neoliberalen Ökonomiekonzepte der Partei scheinen aber mehr den Bedürfnissen des Parteivorsitzenden angepaßt zu sein, wenn sie unter anderem fordern den „Bürger (...) vor bürokratischen Übergriffen des Staates und der Übermacht der Großkonzerne, speziell der Großbanken und Versicherungskonzernen, zu schützen“, die „Wirtschaft (...) von überwiegend bürokratischen Vorschriften“ zu entlasten, „Unternehmensgründer“ mehr zu fördern, die „Ökosteuer“ abzuschaffen und die „Steuerbelastung für alle Unternehmen gleichmäßig“ zu erheben.<sup>57</sup> In den Forderungen zur EU- und Einwanderungspolitik offenbart sich das „deutsche“. „Ein zentralistisches Europa der Bürokraten“ lehnen sie ab, des Weiteren könne

---

<sup>52</sup> Tanja Stelzer, *Freunde in der Not*, in: Der Tagesspiegel, 13.02.2004

<sup>53</sup> Siehe: [www.antifaschistische-nachrichten.de/](http://www.antifaschistische-nachrichten.de/) 1998: *Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei*.

<sup>54</sup> Siehe: Matthias Onken. *Schill jetzt als Plakat-Plage*, Hamburger Morgenpost, 06.01.2003

<sup>55</sup> Siehe: „*Die Mehrheit will Schill*“, Junge Freiheit, 09.01.2004

<sup>56</sup> Siehe: Anm. 53

<sup>57</sup> ProDM: Parteiprogramm ProDM (Bundespartei), 2004, S. 1, 2

„nicht sein, daß Deutschland 2/3 der Lasten“ der EU trage und „europaweit die meisten Zuwanderer“ aufnehme. So verneinen sie eine „übertriebene Einbindung Deutschlands in Europa“ und befürworten eine „Zuwanderungsbeschränkung“.<sup>58</sup> In der Satzung raunt es nicht weniger national: „Wer nicht deutscher Staatsbürger ist kann nur dann (...) aufgenommen werden, wenn er mindestens drei Jahre ununterbrochen in der Bundesrepublik“ wohnte.<sup>59</sup>

Diese Positionen der Pro-DM finden sich ähnlich in den Konzepten des unlängst gescheiterten „Bund Freier Bürger / Offensive für Deutschland“ (BfB / OfD) von Heiner Kappel und dem wenig starken rechten Flügel der „Freiheitlichen Partei Deutschlands“ (FDP) um Alexander von Stahl wieder. Keine Überraschung, bewegen sie sich doch in der Tradition des Nationalliberalismus.<sup>60</sup> In dem sich 1871 in Deutschland herausbildenden Liberalismus verband schon Heinrich von Treitschke liberales Denken mit konservativen Werten. Treitschke, der 1879 den Berliner Antisemitismusstreit loslöste, weil er meinte, die „Juden sind unser Unglück“,<sup>61</sup> sah in dem Obrigkeitsstaat von Otto von Bismarck, „das Programm des Liberalismus (...) erfüllt“.<sup>62</sup> Diese Melange verdichten später neben anderem Friedrich Naumann um 1919 zu einen „neuen Liberalismus“, in dem „die Utopie von der Freiheit und Gleichheit aller Menschen, die der bürgerlichen Revolution einst ihre moralische Rechtfertigung und ihre politische Kraft verliehen hatte (...) nun als das Böse schlechthin denunziert“ wurde.<sup>63</sup>

Nach 1945 verliert der Nationalliberalismus in Deutschland an Relevanz, erst um 1990 erfährt er eine Renaissance. Die freiheitliche Tradition des Liberalismus verstehen die neuen alten Nationalliberalen, teilweise angelehnt an die Freiheitliche Partei Österreichs um Jörg Haider,<sup>64</sup> als „unechten Liberalismus“. Denn „Liberalismus ist Pflicht zum Staat“, „Pflicht zur Macht“ und „Bekanntnis zum freien Wettbewerb“, da staatliche Regelungen die notwendige Auslese in der Wirtschaft von „Unfähigen und Unwürdigen“ verzerre. Gewünscht wird ein „ökonomisch und politisch starker Staat“, hebt exemplarisch der 1998 sich aufgelöste BfB / OfD hervor, der seine nationalen Interessen selbstbewusst – auch militärisch – vertreten kann. Auch wenn Europa eine „Schicksalsgemeinschaft“ mit einem gemeinsamen kulturellen Erbe sei, habe jedes „Volk seinen angestammten Platz“.<sup>65</sup>

<sup>58</sup> Siehe Anm. 53. S. 2, 3.

<sup>59</sup> Siehe: Anm. 53.

<sup>60</sup> Vgl. Andreas Speit: *Schicksal und Tiefe. Sehnsüchte der „Neuen Rechten“*. in: Jean Cremet, Felix Krebs, Ders.: *Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänge der „Neuen Rechten“*, Hamburg, Münster, 1999, S. 39 f.

<sup>61</sup> Shulamit Volkov: *Antisemitismus als kultureller Code*, München, 1990, S. 31 ff.

<sup>62</sup> Reinhard Kühnl: *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus*, Reinbek, 1971, S. 55f.

<sup>63</sup> Vgl. Anm. 55. S. 55.

<sup>64</sup> Vgl. Frank Decker: *Der Neue Rechtspopulismus*, Opladen, 2004, S. 68 – 85.

<sup>65</sup> Siehe: Anm. 55. S. 39 f.



Aber nicht die theoretische Reflektion treibt Hoffmann an. Ganz wie Schill, der mehr als „Typ des Fachmanns“ und weniger als Ideologe agiert.<sup>66</sup> Hoffmann sei ein „Wirkkopf“ weiß Moritz Hunzinger von der Informations AG über seinen Mehrheitseigner zu berichten: Ein „Mann ohne jeden Tiefgang“, dessen alleiniger Antrieb Macht anzuhäufen sei. Kaum war die Fusion bekannt, erteilte Hunzinger Hoffmann Hausverbot: „Mit Schill geht man nicht ins Bett“.<sup>67</sup>

„Politik als Geschäft?“ fragt "Der Tagespiegel" Hoffmann offen. „Nein, nein, politische Ambition“ antwortet der 65-Jährige.<sup>68</sup> Denn mit den „meisten Parteien“ erklärt Hoffmann immer, kann er „nichts anfangen. Die CDU ist die Partei der Streber und Kapitalisten. Die SPD die der Penner und Faulenzer. Die Grünen die der Schwulis und Chaoten“.<sup>69</sup>

Der Zusammenschluß mit der „Ronald-Schill-Fraktion“ sei indes schnell ausgehandelt gewesen. Eine Woche vor der Versammlung am Hamburger Flughafen hätten Schill und er nur kurz telefoniert. Über das Programm hätten sie gar nicht verhandelt. Schill kümmert sich um die Innere-Sicherheit, erläutert Hoffmann, „da habe ich keine Ahnung von“ und er selbst bemüht sich „um die wirtschaftliche Programmatik, „da kommen wir uns nicht in die Quere“.<sup>70</sup>

Im Programm der Pro Deutsche Mitte Landesverband Hamburg schillern denn auch beinahe alle Law-and-Order-Konzepte des früheren Innensenators durch - von „Asylmißbrauch stoppen“, der „Einrichtung von wirklich geschlossenen Heimen“ über die „Möglichkeit der verdachtsunabhängigen Kontrolle“ und „der vorbeugenden akustischen und optischen Wohnraumüberwachung“ bis hin zum „Unterbringungsgefahrlos (...) im Vorfeld einer Demonstration“ sowie dem „Einsatz von Gummigeschossen gegen gewalttätige Demonstranten“.<sup>71</sup> Insofern ist der Kommentar des Fraktionsvorsitzenden der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (PARO) Norbert Frühauf „wo Schill draufsteht, jetzt Hoffmann drin“ vor allem Wahlkampfgetöse.<sup>72</sup>

Von Etikettenschwindel redet derweil auch Hoffmann, wenn er über den Streit um das Parteikürzel spricht. Denn der PARO-Bundvorsitzende Mario Mettbach weigert sich zu garantieren nicht mehr das „Kürzel Schill“ zu verwenden. Das sei „Betrug“, wettet Hoffmann. Die „Metzbach-Truppe“ wollte zwar Schill „loswerden“, versucht aber „mit seinem guten Namen Wählerstimmen zu ergaunern“.<sup>73</sup>

---

<sup>66</sup> Siehe: Anm. 50. S. 142.

<sup>67</sup> Vgl.: Anm. 51.

<sup>68</sup> Vgl.: Anm. 51.

<sup>69</sup> Vgl.: Anm. 53.

<sup>70</sup> Vgl.: Anm. 51.

<sup>71</sup> Siehe: Anm. 50. 2. f.

<sup>72</sup> Sven-Michael Veit, *Schill offensiv*, in: taz-Hamburg, 08.01.2004

<sup>73</sup> Sven-Michael Veit, *Linke einig, Rechte gnadenlos zerstritten*, in: taz-Hamburg, 07.01.2004

Auf den „guten Namen“ läßt Hoffmann nach der Fusion nichts mehr kommen. So weit rechts stünde Schill gar nicht, erklärt Hoffmann. Angesprochen auf Schills Rede im Bundestag, in der er gegen ausländische Sozialhilfeempfänger hetzt, erwidert er, daß ihm der Inhalt der Rede nicht bekannt sei. Allerdings glaubt er, dass Schill ähnlich gegenüber Ausländer eingestellt sei, wie er selbst. Und was den Anlass des Bruchs der Regierungskoalitions betrifft, dem angeblichen Erpressungsversuch Ole von Beusts, ist er sich gewiss, das die Sache nicht so gelaufen sei, wie von Beust sie darstelle. Voller Lob betont Hoffmann: „Schill hat politisches Fingerspitzengefühl“.<sup>74</sup>

Der Millionär verortet sich selbst „politisch absolut in der Mitte“. Ganzseitige Anzeigen in der extrem rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ sind für ihn kein politisches Bekenntnis. „Ich schallte meine Anzeigen überall, spreche mit jedem – egal ob links oder rechts“. Nur ums Geld, kann es Hoffmann nicht 1986 gegangen sein, als seine Werbeagentur Thersal den Wahlkampf der Republikaner in Nordrhein-Westfalen betreute. Auf das Honorar von 78.000 DM verzichtete er.

Von der neugefundenen Sympathie der einstigen Rivalen Hoffmann und Schill angetan, sollen unlängst an die 500 Damen und Herren Mitgliedsanträge gestellt haben. Der Landesverband, mit Sitz beim Schlump, bittet „jedoch um Verständnis, daß (...) jeder eingehende Antrag einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird, um zu vermeiden, daß ‚alte‘ Querulanten oder sog. ‚U-Boote‘ in die Partei kommen“.<sup>75</sup> Gegenüber der Junge Freiheit berichtet der Hamburger Geschäftsführer der Pro DM / Schill Richard Braak, dass eine bundesweite „Ausdehnung“ bereits begonnen hätte. „Wenn die Mehrheit der in die bestehenden Strukturen eingetretenen Mitglieder es fordert“, betont er, „wird auch dort der Namenszusatz Schill geführt“.<sup>76</sup>

Ob das Geschäft zum gegenseitigen Vorteil von Dauer sein wird, liegt nicht nur an den befürchteten „Querulanten“. Auch die Profilneurosen des prozesswütigen Hoffmann und des skandalfreudigen Schill könnten der Partei ein schnelles Ende bereiten. Noch spricht Hoffmann von weiteren zukünftigen Wahlbeteiligungen. Aber vielleicht reden die beiden neuen Freunde bald wieder nicht mehr miteinander.

---

<sup>74</sup> Vgl.: Anm. 52.

<sup>75</sup> [www.schillpartei.de](http://www.schillpartei.de), 11. Februar 2004.

<sup>76</sup> Vgl.: Anm. 55.

## Heino Windt

### „Lassen sie mich weitermachen“

Das bittet Ronald B. Schill auf seinem Wahlplakat die Hamburger Wählerinnen und Wählern. Weitermachen womit? War die Politik von Ronald Schill und seinem Rechtssenat erfolgreich? Was als erfolgreich angesehen wird und was als Misserfolg, hängt vorrangig von den inhaltlichen Prämissen ab, die zur Beurteilung herangezogen werden. Um die grundsätzliche Bewertung der ideologischen Grundlagen der Politik des Rechtssenats und seines ehemaligen Innensenators Schill soll es in diesem kurzen Text nur nachrangig gehen. Es sollen stattdessen exemplarisch einige Argumente und Behauptungen Schills und Protagonisten seiner Politik auf ihre Konsistenz und ihre Festigkeit hin erörtert werden. Und ob die angebrachte Frage zur Amtszeit des Ronald B. Schill statt der nach Erfolg nicht eher jene nach den hinterlassenen Spuren ist?

Zentrales Politikfeld Schills war uns ist die sog. „Kriminalitätsbekämpfung“. Mit Hauptaugenmerk auf die Drogenszene am Hauptbahnhof. Damit möchte er weitermachen, denn schließlich – so steht es auf eben diesem Wahlplakat - hätte die gute Arbeit des Innensenator Schill „den stärksten Kriminalitätsrückgang in Hamburg seit über 50 Jahren“ bewirkt.

In der Auseinandersetzung um die Frage, wie sehr unsere Gesellschaft durch Kriminalität bedroht wird, ist in den meisten Fällen die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) der Ausgangspunkt aller Debatten. Diese Statistik wird als vermeintlich objektive, auf harten Daten basierende Grundlage genutzt und hierbei meist der Eindruck erweckt, als enthalte die PKS die Zahl der im vergangenen Jahr begangenen Straftaten und die Aufklärungsquote dieser Straftaten. Dem jetzigen Innensenator Nockemann waren die Zahlen der PKS für 2003 so wichtig in seinem Wahlkampfkonzept, dass er die für März 2004 vorgesehene Veröffentlichung der Statistik nicht abwarten wollte. Schon Mitte Januar wurde in einer Kurzform das unkommentierte Zahlenwerk der PKS vorgelegt. Die Innenbehörde wollte mit diesen Daten unterstreichen, wie erfolgreich sie seit 2 Jahren für die Sicherheit in dieser Stadt arbeitet. Wie auch Schill in seinem aktuellen Wahlprogramm auf die Zahlen der PKS als Beleg seines Erfolges verweist und mit leicht beleidigtem Unterton seinen Amtsnachfolger bezichtigt, fremde, eigentlich Schill selbst zustehende Lorbeeren zu ernten. Was ist von den Zahlen der PKS zu halten? Kann man aus ihnen ablesen wie es steht mit der Sicherheit in Hamburg?

Auf der Homepage der Innenbehörde ist als kurze, einleitende Erklärung zur PKS folgendes zu lesen: „Die Polizeiliche Kriminalstatistik wird seit 1971 bundeseinheitlich geführt und umfasst alle der Polizei bekanntgewordenen Vorgänge, die den Verdacht eines Vergehens oder Verbrechens rechtfertigen, einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche. Nicht enthalten sind in der Polizeilichen Kriminal-

statistik Staatsschutz- und Verkehrsdelikte. (...) Die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik erfährt dadurch eine wesentliche Einschränkung, dass der Polizei ein Teil der Straftaten verborgen bleibt. Der Umfang dieses Dunkelfeldes ist abhängig von der Art des Deliktes und u.a. vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung und der Intensität der Verbrechensbekämpfung. Da sich die einzelnen statistikbeeinflussenden Faktoren unabhängig voneinander ändern, gibt es auch keine feststehenden Relationen zwischen statistisch erfassten und tatsächlich begangenen Straftaten in verschiedenen Zeiträumen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bietet demzufolge kein Abbild der Verbrechenswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktart mehr oder weniger ausgeprägte Annäherung an die Realität.“

Die PKS ist eine Statistik, die „eine mehr oder weniger ausgeprägte Annäherung an die Realität“ der sog. Verbrechenswirklichkeit wiedergibt. Aus der PKS ist demnach nicht zu erkennen wie die sog. „Kriminalitätslage“ in Hamburg tatsächlich ist. Ableiten lässt sich aus ihr jedoch viel über die Polizeiarbeit in dieser Stadt. Da die PKS ausschließlich die bekanntgewordenen Vorgänge die den Verdacht eines Verbrechens rechtfertigen erfasst, ist die nähere Betrachtung der Umstände, die ein Verbrechen bekannt machen oder eben nicht, der eigentlich interessante Aspekt der Analyse einer PKS. Es gibt Delikte die unabhängig von polizeilicher Tätigkeit bekannt werden, wie etwa Raubüberfall auf ein Geldinstitut. Davon gab es 2003 in Hamburg ganze 19. Und über jeden einzelnen wurde ausführlich in der Presse berichtet. Und es gibt Delikte, deren bekannt werden hängt vorrangig davon ab, ob die Betroffenen diese zur Anzeige bei der Polizei bringen. Wie etwa Handtaschenraub. Davon sind in der PKS für 2003 386 Fälle registriert. Die tatsächliche Zahl liegt im Dunkeln oder im sog. „Dunkelfeld. Denn ob ein Betroffener Anzeige erstattet hängt von vielen Faktoren ab. Mit dem grundsätzlichen Ausschluss von Fahrraddiebstahl aus der Hausratversicherung ist z. B die Zahl der angezeigten Fahrraddiebstähle deutlich zurückgegangen. Ohne Erstattungsanspruch musste der Versicherung kein Diebstahl mehr gemeldet werden und der Glaube an Aufklärung von Fahrraddiebstählen durch die Polizei hält sich offensichtlich in Grenzen.

Und dann gibt es Delikte, deren registrierte Anzahl einzig von der Intensität der Polizeilichen Verfolgung dieser Straftaten abhängt. Illegaler Handel mit Rauschgift nach §29 BtMG etwa. Gerade ein „hartes“ Vorgehen gegen die sog. Offene Drogenszene war das Wahlversprechen von Schill vor 2 Jahren. Der Zustand der wahrgenommenen „Verwahrlosung“ um den Hamburger Hauptbahnhof herum wurde zum Gradmesser für die Sicherheitslage in der gesamten Stadt gemacht. Die in der PKS registrierten Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz nahmen um 3% im Jahr 2003 im Vergleich zu 2002 zu. Bei Verhaftungen von Drogensüchtigen schnellte die Zahl sogar um 9,3 Prozent hoch. Dieser Anstieg wird von der Innenbehörde als Beleg für erfolgreiche Polizeiarbeit im Bereich Drogenbekämpfung gewertet, denn "Rauschgiftdelikte sind Kontrolldelikte", so Senator Nockemann. "Der Anstieg ist auf den erhöhten Verfolgungsdruck zurückzuführen." Für die

Verfolgung von Dealern scheint diese Aussage aber nicht zu gelten. Die Zahl der registrierten Delikte von Handel mit Rauschgift ist letztes Jahr um 9,9% zurückgegangen.

Angesichts des hohen Verfolgungsdrucks der Polizei ein erstaunliches Phänomen, das auch schon 2002 zu beobachten war. Damals erklärte der Polizeichef Nagel dies vor allem damit, dass im ersten Halbjahr 2002 die meisten Intensivdealer festgenommen wurden, jetzt in Untersuchungshaft sitzen oder verurteilt wurden. "Wer hinter Gittern ist, kann nicht mehr dealen", so der Polizeipräsident. Innensenator Schill hätte Recht gehabt, wenn er sage, dass die gesunkenen Zahlen der Beweis für eine restriktive Drogenpolitik seien. Abgesehen von der gewagten Behauptung, dass innerhalb von Gefängnissen nicht mit Drogen gehandelt würde, gibt es auch eine grundsätzlich andere Bewertungsmöglichkeit dieser Zahlen. Die Zerschlagung der offenen und damit kontrollierten Drogenszene in St. Georg hat es der Polizei wesentlich erschwert, den Straßendeal mit harten Drogen zu verfolgen. Ein Beleg hierfür sind die gehäuften Beschwerden von Bewohner St. Georgs schon seit Ende 2002. Oder auch des Manager der Wandelhalle, Hans Joachim Martens, der auf einer Veranstaltung zur Hamburger Drogenpolitik im Herbst 2002 berichtete, dass in den Gaststätten des Hauptbahnhofs gedealt wird: "Seit drei, vier Wochen kommen die Dealermassiv zurück." Auch hat laut vielen Zeitungsberichten das Dealen in Außenbereichen Hamburgs oder sogar in Randgemeinden wie Glinde rapide zugenommen. Die massive, personalintensive und teure Polizeiarbeit gegen die Drogenszene hätte damit selbst ihre zwangsläufige Erfolglosigkeit verursacht.

Belegen kann man aber aus der PKS weder die eine noch die andere Wertung. Sowohl Schill als auch der jetzigen Senat sehen ebenso als erfolgreiche Konsequenz ihrer restriktiven Drogenpolitik den Rückgang der Zahl der Drogentoten in Hamburg von 101 (2001) auf 64 (2003). Fachleute aus dem Bereich Drogenhilfe sehen hierin nur eine Folge des veränderten Konsums. Weg vom Spritzen hin zum Rauchen von Heroin bzw. Crack.

Ein weiteres Versprechen von Schill war das „Aufräumen“ mit dem SPD Filz vor allem in der Innenbehörde und die nachhaltige Reform der Polizei.

Und tatsächlich lässt sich aus der PKS eine erschreckende Veränderung der Polizeiarbeit in Hamburg in den letzten zwei Jahren herauslesen. Ein drastischer Anstieg von „Widerständen gegen die Staatsgewalt“ – also Polizisten - von 19,2% auf 1079 Fälle in 2003. Für den Landesvorsitzenden der GdP, André Bunkowsky ist dies nur „ein weiteres Indiz dafür, dass die Arbeit der Polizeibeamtinnen- Beamten in Hamburg immer schwieriger und gefährlicher wird." Verlässt man aber die reine Polizeisicht, so ist diese Zahl vor allem ein Beleg für ein drastisch verändertes und verschlechtertes Verhältnis zwischen Polizei und BürgerInnen. Interessant wäre als Gegenseite die Zahl der Anzeigen von BürgerInnen und Bürgern gegen

die Polizei wegen Freiheitsberaubung oder Körperverletzungen. Doch die unabhängige Stelle innerhalb der Polizei zur Entgegennahme und Untersuchung von Beschwerden von Bürgern über die Maßnahmen von PolizistInnen wurde von Schill ersatzlos abgeschafft.

Zu den erschreckenden oder zumindest bemerkenswerten Veränderungen innerhalb der Polizei passt auch, dass die GdP in ihren Fragen zur Wahl an die Parteien von einer „Rückkehr zum Befehl- und Gehorsamsstil der 60er Jahre“ innerhalb der Polizei spricht und deutlich die negativen Folgen der vorangetriebenen Zentralisierung von Polizeiführung und Entscheidungen für alle Bereiche der Polizeiarbeit anprangert. Herausragend in der Amtszeit von Schill war der Rücktritt des Leiters des LKA aus Protest gegen den Innenstaatsrat Wellinghausen wegen dessen angeblicher Nähe zur Organisierten Kriminalität und die Nichtbesetzung der Stelle des Abteilungsleiters der Abteilung zur Ermittlung gegen das Organisierte Verbrechen für mehr als ein Jahr. Aber immerhin hat die Polizei unter Schill neue, adrette und vor allem blaue Uniformen bekommen. Bzw. angefangen zu bekommen, denn wie Anfang Februar in Hamburger Zeitungen zu lesen war, hat der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg massive Kritik am Sponsoring bei der Einführung neuer Polizeiuniformen geübt. Im Tagesspiegel bezeichnete Freiberg die geplante Finanzierung der von Ex-Innensenator Ronald Schill initiierten neuen Dienstkleidung in Blau durch Spender als gescheitert. Bisher seien erst 110 der 6.000 benötigten Uniformen ausgeliefert worden. Noch drei Jahre lang müssten die Polizisten in verschiedenen Uniformen auf Streife gehen.

Womit möchte Schill noch weiter machen dürfen? Ein weiterer, wenn auch etwas absurd neben der Drogenpolitik anmutender Hauptpunkt des Schill Wahlkampfes vor zwei Jahren war die „Entpollerung“ der Stadt und die Beendigung der „Abzocke“ von Autofahrern durch stationäre Blitzanlagen. Kurz nach Amtsantritt gab es denn auch ein medienwirksam inszeniertes Abschalten so einer Blitzanlage durch Schill selbst. Einer Anlage, die in der Vergangenheit ihn selbst beim zu schnellen Fahren geblitzt hatte. Da wurden Träume von Autofahrern wahr. So wundert es nicht, dass der Rechtssenat Ende 2002 stolz verkündete, seine Politik habe für die Hamburger Autofahrern Abbau von 20 000 Pollern, Schaffung von mehr als 500 neuen Parkplätzen gebracht. Und die Einführung des „Grünen Pfeil“ natürlich, um den Verkehrsfluss auch an Ampeln flüssiger zu machen. Für Schill und den Rechtssenat alles Belege einer erfolgreichen Verkehrspolitik. Man kann aber auch anderer Auffassung sein. Zu dem eingeführten „Grünen Pfeil“ sei aus einer empirischen Studie der Uni Regensburg zum Verkehrszeichen "Grüner Pfeil" aus dem Jahr 1999 zitiert: „Die Beobachtungsergebnisse zeigen, dass sich der allergrößte Teil der Autofahrer (89%) nicht konform der "Grüne-Pfeil" Regelung" verhielt. Über die Hälfte von ihnen (57%) ignorierte einfach das Schild und wartete das "grün" der Ampel ab. Mehr als jeder zehnte Rechtsabbieger (13%) verhielt sich aber verkehrswidrig und missachtete die Haltelinie. Ein geringer Teil (2%)

verwechselte den 'grünen Pfeil' offenkundig mit einer "Grün" anzeigenden Abbiegeampel.“

Und zur Bewertung der Hamburger Verkehrspolitik sollte bedenken, dass in 2002 die Zahl der Kinder die in Hamburg bei Unfällen im Straßenverkehr verletzt wurden um 8,5% gegenüber dem Vorjahr auf 1109 anstieg und Hamburg damit im Vergleich zu anderen Städten bei der Zahl von Verkehrsunfällen mit Kindern an der Spitze in Deutschland lag. Und es gehört zu den Folgen der praktizierten Hamburger Verkehrspolitik, dass in 2003 21 Menschen bei Verkehrsunfällen in Hamburg starben. Das sind 75% mehr als noch 2002.

Womit Schill auch weitermachen möchte, ist „die Ausweitung der Möglichkeiten, Demonstrationen einzuschränken (u. a. durch Ausweitung der Bannmeile), die auf Gewalt, Schikanie der Bürger oder Beeinträchtigung des städtischen Verkehrs sowie des Einzelhandels angelegt sind.“ Die erfolgreiche faktische Abschaffung des Demonstrationsrechts in der Hamburger Innenstadt ist auch eine Folge von zwei Jahren Rechtssenat. Nur hat es dem Einzelhandel auch nichts „geholfen“, denn nach eigenem bekunden waren die Folgen des Polizeiaufgebots welches notwendig war, die Abschaffung des Demonstrationsrechts durchzusetzen ebenso schädlich für den Umsatz wie eine Demonstration durch die Innenstadt es gewesen wäre. Die Kosten dieser Polizeieinsätze mit Tausendschaften aus dem Bundesgebiet zusammen geliehenen Einsatztruppen werden von der Innenbehörde leider nur sehr zögerlich und ungenau bekannt gemacht. Die Zahl der Überstunden welche bei den Mitarbeitern der Hamburger Polizei auflaufen hat sich aber nach Angaben der Polizeigewerkschaften in den letzten Jahren stetig erhöht

Auch als bemerkenswerten Erfolg seiner Politik sieht Schill „die Ausweitung der Abschiebung von Ausländern, die straffällig geworden sind“. „(Erfolgszahl im Jahre 2002: ca. 3.000 Abschiebungen bei nur ca. 900 Zugängen).“ Ein Hearing der Organisation Einspruch – einem Zusammenschluss von 28 Organisationen aus der Flüchtlingsarbeit- stellte zu der Hamburger Abschiebepolitik des Beust-Schill Senates im Mai 2003 fest, dass es an der Tagesordnung sei, dass Personen abgeschoben werden, bei denen eigentlich Abschiebehindernisse vorliegen. Auch wäre offener Rechtsbruch keine Seltenheit, sogar Gerichte würden belogen und Urteile ignoriert. Ein Mitarbeiter des UNHCR sagte dazu. „Das ist schon komisch, dass in einem Rechtsstaat so etwas vorgehen kann“. Und Bernd Mesovic von „Pro Asyl“ kommentiert die Hamburger Verhältnisse als bundesweit einzigartig, sie wären eine „organisierte Rechtsverweigerung.“

Zwei Jahre Schill haben tatsächlich Spuren in dieser Stadt hinterlassen. Sie sehen nicht immer so aus wie von Schill selbst behauptet oder von seinen ehemaligen oder noch verbliebenen Anhängern gewünscht und erwartet. Und sehr sichtbare Spuren hat das politische Handeln von Schill ausgerechnet bei der Hamburger Sozialdemokratie hinterlassen. Die SPD 2004 erklärt in ihren Wahlkampfmaterialien

lien „hart gegen Kriminalität“ vorzugehen, „keine offene Drogenszene zuzulassen“ und verlangt endlich die Einrichtung einer Geschlossenen Unterbringung für kriminelle Jugendliche und Kinder (!) die ihren Zweck auch erfüllt. Und man sollte sich erinnern, dass es der sozialdemokratische Innensenator Olaf Scholz in einer Rot-Grünen Landesregierung war, der den sog. Brechmitteleinsatz gegen Dealer eingeführt und legalisiert hat. Es findet in der Hamburger Politik keine rationale Debatte über öffentliche Sicherheit, Drogenpolitik oder Jugendkriminalität mehr statt. Weder wird die behauptete Problemlage analysiert oder überprüft, noch werden die genutzten Mittel auf ihre Zweckhaftigkeit, Angemessenheit oder auch nur ihre Kosten hin überprüft.

Der nachhaltige Sieg einer irrationalen, idealistischen Bekenntnispolitik ist der eigentliche „Erfolg“ des Ronald B. Schill. Als Folge solcher Politik fordert ein Hamburger Innensenator Schill - zusammen mit dem Justizsenator Kusch - das Recht für die Hamburger Polizei ein Giftgas einzusetzen, reist der Justizsenator zur Weiterbildung nach Russland und Texas, widmet der Hamburger Senat Mittel des sozialen Wohnungsbaus zur Renovierung des Jungfernstiegs um. Nicht zu vergessen: Ein Mensch kommt bei der staatlich angeordneten Verabreichung eines sog. Brechmittel zu Tode.

## Anhang

	2001		1997		+ / -	Sitze	+ / -
	Anzahl	%	Anzahl	%			
<b>Wahlbeteiligung</b>		71,0		68,7	+ 2,3		
<b>Gültige Stimmen</b>	850311	100	822.931	100			
<b>SPD</b>	310.338	36,5	298.218	36,2	+ 0,3	46	- 8
<b>CDU</b>	222.890	26,2	252.354	30,7	- 4,5	33	- 13
<b>Schill (PRO)</b>	165.118	19,4			+19,4	25	+ 25
<b>Grüne/GAL</b>	72.655	8,5	114.776	13,9	- 5,4	11	- 10
<b>F.D.P.</b>	43.196	5,1	28.664	3,5	+ 1,6	6	+ 6
<b>Regenbogen</b>	14.190	1,7			+ 1,7		
<b>DVU</b>	6.043	0,7	40.957	4,9	- 4,3		
<b>STATT Partei</b>	3.504	0,4	31.401	3,8	- 3,4		
<b>PDS Hamburg</b>	3.297	0,4	5.354	0,7	- 0,3		
<b>Republikaner</b>	574	0,1	15.207	1,8	- 1,8		
<b>Übrige</b>		1,0		4,5	- 3,5		

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl 23.09.2001



## Aufstieg und Fall des Ronald Schill - eine Chronologie

*Schill wurde am 23.11.1958 in Hamburg geboren. Er war nach seinem Jurastudium 1992/1993 als Richter und ab Mai 1993 als Strafrichter am Hamburger Amtsgericht tätig. Mit harten Urteilen, die zumeist von höheren Instanzen aufgehoben wurden, machte er auf sich aufmerksam und war bald als "Richter Gnadenlos" bekannt. Die wichtigsten Stationen des Politikers Schill und der CDU/FDP/Schill-Koalition:*

**13.07.2000:** Schill gründet die "Partei Rechtsstaatlicher Offensive" und fordert ein härteres Vorgehen gegen die Kriminalität in Hamburg.

**26.07.2001:** CDU-Spitzenkandidat von Beust macht Schill ein Koalitionsangebot

**23.9.2001:** Die Schill-Partei erreicht bei der Hamburg-Wahl 19,4 Prozent der Stimmen.

**31.10.2001:** Bildung einer Mitte-Rechts-Koalition aus CDU, Schill-Partei und FDP in Hamburg und verfügt über 64 von 121 Mandaten in der Bürgerschaft. Erster Bürgermeister wird Ole von Beust (CDU), sein Vize Innensenator Ronald Schill. Sein Vorgänger Olaf Scholz (SPD) verweigert eine persönliche Amtsübergabe.

**18.11.2001:** Schill kündigt an, bei Wahlen in Ostdeutschland antreten zu wollen, Hauptgegner sei die PDS. Eine bundesweite Ausdehnung der Partei sei nicht geplant.

**9.12.2001:** Ein 19jähriger mutmaßlicher Drogendealer stirbt nach dem Einsatz von Brechmitteln. Schill verteidigt dennoch das Vorgehen.

**21.12.2001:** Das Landgericht Hamburg spricht Schill vom Vorwurf der Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung zweier Männer im Frühjahr 1999 frei. Das Gericht wirft Schill dennoch vor, gelogen und Recht gebeugt zu haben. Eine Absicht sei ihm aber nicht nachzuweisen. Wenige Stunden nach dem Freispruch macht Schill seinen Verteidiger Walter Wellinghausen zum Innenstaatsrat.

**4.1.2001:** Der SPIEGEL spekuliert daß die Polizei Schickeria-Kreise vor Razzien verschone und gleichzeitig den Druck auf Kleindealer erhöhe. Etwas später wird in der Sendung Panorama der Vorwurf erhoben, Schill selbst konsumiere Kokain.

**10.1.2002:** Der Senat schafft die Fehlbelegungsabgabe für Sozialwohnungen ab. Etwa 19.000 Mieter mit höherem Einkommen müssen von Juli an weniger Miete zahlen.

**23.1.2002:** Die Journalistin und Autorin Dana Horakova wird Kultursenatorin. Der Hamburger Senat hatte lange Zeit vergeblich nach einer Kultursenatorin gesucht. Wagner-Urenkelin Nike Wagner und auch Schlagersängerin Vicky Leandros hatten abesagt.

**2.2.2002:** Gründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Es ist der zweite PRO-Landesverband.

**18.2.2002:** Das Ergebnis einer Haarprobe Schills entkräftet den Verdacht des Kokainmißbrauchs. Am 29. April stellt die Oberstaatsanwaltschaft Hamburg ein Ermittlungsverfahren gegen Schill ein.

**21.4.2002:** Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erzielt die Schill-Partei 4,5 Prozent der Stimmen.

**30.5.2002:** Die offene Drogenszene am Hauptbahnhof sei zerschlagen, die Rauschgiftkriminalität bereits spürbar gesunken, teilt Schill mit. Kritiker monieren, die Szene sei lediglich in andere Stadtteile abgedrängt worden.

**7.7.2002:** Schill wird, nachdem er sich zunächst gegen eine Wahlbeteiligung ausgesprochen hatte, zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl gewählt.

**29.8.2002:** Schill sorgt im Bundestag für einen Eklat. In der Debatte über die Fluthilfen greift er die Einwanderungspolitik der Bundesregierung ab, beschimpft das Bundestagspräsidium und droht nach dem Abschalten des Mikrofons mit Verfassungsklage. Sein Verhalten führt zu Spannungen in der Hamburger Koalition.

**22.9.2002:** Bei der Bundestagswahl kommt die Schill-Partei auf 0,8 Prozent, bei der parallel stattfindenden Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern auf 1,7 Prozent.

**6.12.2002:** Schill schlägt die Beschaffung des umstrittenen Gases vor, das die Moskauer Polizei bei einem Geiseldrama benutzt hatte. Dabei waren weit über 100 Geiseln an dem Gas gestorben. Wichtig sei die Entwicklung eines Gegenmittels, um hier zu Lande Todesopfer unter Geiseln zu vermeiden, sagt

Schill.

**11.12.2002:** Der Haushalt 2003 sieht Ausgaben von 9,6 Milliarden Euro vor. Gespart wird vor allem bei Sozialem und Familie, Wirtschaft und Arbeit sowie Gesundheit und Umwelt.

**28.1.2003:** Hamburg kehrt nach 20 Jahren zur geschlossenen Heimunterbringung von kriminellen Jugendlichen zurück.

**2.2.2003:** Bei Landtagswahlen in Hessen u. Niedersachsen erzielt die PRO 0,5 bzw. 1,0 Prozent.

**23.2.2003:** Vorsitzender der Bundespartei wird der Hamburger Bausenator Mario Mettbach. Bisher hatte der Hamburger Landesvorstand unter Schill kommissarisch als Bundesvorstand agiert.

**12.4.2003:** Hamburg hat das Nachsehen bei der NOK-Auswahl für die Olympischen Spiele 2012. Bürgermeister von Beust hatte das "überzeugende Konzept" im Mai 2002 vorgelegt.

**20.5.2003:** Die Hamburger Polizei erhält die ersten vom Designer Luigi Colani kreierten blauen Uniformen. Die Uniformen sind ein Lieblingsprojekt von Schill.

**20.6.2003:** Durch Presseberichte wird bekannt, daß Wellinghausen monatlich 4600 Euro von einem Hamburger Radiologen, einem ehemaligen Mandanten, erhält.

**26.6.2003:** Neues Schulgesetz vom Parlament verabschiedet: Danach ist das Abitur nach zwölf Jahren möglich, Sprachtests für Schulanfänger sind Pflicht. Die Opposition fürchtet, schwache Schüler würden "vorzeitig aussortiert".

**Juni 2003:** Schill will das Hamburger Schauspielhaus schließen, von Beust ist dagegen.

**Juli 2003:** Die Hamburger Polizei erhält die ersten sieben von insgesamt 20 Motorrädern des Typs Harley-Davidson. Der amerikanische Hersteller stellt die Maschinen für ein Jahr kostenlos zur Verfügung. Schill hatte diese "Amtshilfe" maßgeblich initiiert.

**17.7.2003:** Medien berichten, daß Staatssekretär Wellinghausen im Handelsregister noch bis November 2002 als Vorstandsmitglied der Münchner Isar Klinik II AG geführt wurde.

**21.7.2003:** Es wird bekannt, daß Wellinghausen Einfluß auf ein Disziplinarverfahren gegen einen straffällig gewordenen Polizisten genommen habe, der früher sein Mandant war, und gegen dessen Entlassung plädiert. Nach Darstellung der Innenbehörde hat Wellinghausen lediglich Schill auf dessen Wunsch hin bei der behördlichen Erstellung der Anschuldigungsschrift an das Disziplinargericht zugearbeitet.

**11.8.2003:** Bei einer neunstündigen Sondersitzung des Innenausschusses der Hamburger Bürgerschaft räumt Wellinghausen ein, im Januar 2002 zwei Überweisungen des Unternehmens und eine weitere im April 2002 erhalten zu haben.

**13.8.2003:** Medien berichteten, die Münchner Isar Klinik II AG habe Wellinghausen nach ihrem vorläufigen Jahresabschluß für 2002 insgesamt 34.374,90 Euro gezahlt. Wellinghausen korrigiert nach Sichtung seiner Unterlagen den Betrag auf 18.406,51 Euro.

**19.8.2003:** Von Beust entläßt Wellinghausen und empfängt Schill um 9.40 Uhr auf dessen Bitte. Schill droht, zumindest nach Darstellung des Bürgermeisters, eine angebliche homosexuelle Partnerschaft von Beusts mit Justizsenator Kusch publik zu machen. Von Beust verweist Schill aus dem Zimmer und entläßt ihn ebenfalls aus dem Amt.

**20.8.2003:** Schill erklärt, daß er in der Bürgerschaftsfraktion seiner Partei keine Spitzenposition mehr anstrebt. Die Fraktion schlägt Schills bisherigen Büroleiter Dirk Nockemann als Innensenator vor.

**21.8.2003:** Auch der Landesverband der Schill-Partei distanziert sich vom Verhalten ihres Vorsitzenden. Beust ernennt den Bundesvorsitzenden der Schill-Partei, Bausenator Mario Mettbach, zum Zweiten Bürgermeister.

**26.8.2003:** Die Fraktion der Schill-Partei schlägt Herbert Neumann aus Schleswig-Holstein als Nachfolger von Staatsrat Wellinghausen vor.

**27.8.2003:** Schill erklärt, er sehe sich als Opfer eines Komplotts von Bürgermeister von Beust und seinem designierten Nachfolger Nockemann.

**2.9.2003:** Schill läßt bis zum Mittag offen, ob er am kommenden Tag an der Wahl seines Nachfolgers in der Bürgerschaft teilnehmen wird und ob er sein Bürgerschaftsmandat zurückgibt.

**3.9.2003:** Beust ernennt Nockemann zum Senator, nachdem in der Bürgerschaft eine knappe Mehrheit für ihn stimmte. Die Chefs der Regierungsfractionen hatten zuvor erklärt, bei einem Scheitern Nockemanns im Parlament, wäre die Koalition beendet.

**24.9.2003:** In offener Abstimmung lehnen die Abgeordneten der Koalition eine vorzeitige Beendigung der Legislaturperiode ab.

**1.11.2003:** Die PRO stellt sich auf ihrem Bundesparteitag in Düsseldorf nach den Hamburger Querelen demonstrativ hinter ihren Gründer Ronald Schill. Die Partei müsse jetzt mit der Verabschiedung eines Grundsatzprogramms die Weichen für eine bundesweite Ausdehnung stellen und dürfe sich nicht länger mit Personaldebatten aufhalten, sagt der Vorsitzende Mario Mettbach.

**17.11.2003:** - Bildungsminister Rudolf Lange (FDP) tritt nach monatelangen Querelen um die "Kita-Card" zurück. Reinhard Soltau (FDP) erhält als Nachfolger nicht alle Stimmen der Koalition und wird nur knapp im Amt bestätigt.

**29.11.2003:** Schill wird auf einem Landesparteitag in Hamburg erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Vor den Delegierten kündigt er sein politisches Comeback an.

**Anfang Dezember 2003:** Schills Kritik an Bürgermeister Ole von Beust und Innensenator Dirk Nokemann sorgt in der Führungsspitze der Hamburger Schill-Partei für Unruhe. Mettbach übt scharfe Kritik an den Äußerungen Schills.

**6.12.2003:** Der Bundesvorstand setzt den Parteigründer auf Betreiben Mettbachs als Vorsitzenden des Hamburger Landesverbandes ab. Schill bezweifelt die Rechtmäßigkeit des Beschlusses und betrachtet sich weiterhin als Landesvorsitzenden.

**8.12.2003:** Bürgermeister Ole von Beust lehnt das Stellen der Vertrauensfrage und Neuwahlen ab. Er setzt damit ungeachtet der Krise innerhalb der Schill-Partei auf eine Fortsetzung der Mitte-Rechts-Koalition. Schill kündigt an, die Partei Rechtsstaatlicher Offensive von ihrem Bundesvorsitzenden Mettbach "zu befreien" und stellt ihn als zweiten Bürgermeister und Senator in Frage. Schill erscheint zur Sitzung des Landesvorstands und erklärt, er sei weiterhin Chef des Landesverbands.

**9.12.2003:** Ole von Beust kündigt Neuwahlen an. Mario Mettbach erklärt, er werde ein Parteiaus-schlußverfahren gegen Schill anstreben.

**12.12.2003:** Schill wird aus der PRO-Bürgerschaftsfraktion ausgeschlossen.

**16.12.2003:** Der Bundesvorstand der PRO schließt Schill aus der Partei aus

**18.12.2003:** Schill gründet mit fünf anderen Bürgerschaftsabgeordneten die *Roland-Schill-Fraktion*

**30.12.2003:** Die Hamburger Bürgerschaft beschließt das vorzeitige Ende der Legislatur-Periode. Neuwahlen werden für den 29. Februar anberaumt.

[MMM]

*In der Reihe Hamburger Skripte sind bisher erschienen:*

*Hamburger Skripte 1:*

**Links • WählerInnen • Potenziale**

**Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001**

*Hamburger Skripte 2:*

**Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik? Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei**

*Hamburger Skripte 3:*

**Gefährliche Fiktion: Die "Protokolle der Weisen von Zion"**

*Hamburger Skripte 4*

**Zeichen für Rosa Luxemburg**

**Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte**

*Hamburger Skripte 5*

**Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union:**

**Militarisierung oder Friedensfähigkeit?**

*in Vorbereitung:*

*Hamburger Skripte 7*

**Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis?  
Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung**

*Hamburger Skripte 8*

**Frieden mit der Vergangenheit? Die beiden Wehrmachtsausstellungen als  
Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust**

Die Hamburger Skripte können gegen Einsendung von Briefmarken (1,68 €) beim RLB bestellt oder von unserer Website heruntergeladen werden.

**Rosa-Luxemburg-Bildungswerk.**

**Hamburger Forum für Analyse, Kritik und Utopie e.V.**

**c/o Treffpunkt St.Georg | Zimmerpforte 8 | 20099 Hamburg**

**Telefon 0179 -273 28 44**

**info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de**

**www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de**

